

Pressebericht für den Fränkischen Tag Bamberg

**Vortragsveranstaltung zum Thema „Welche Zukunft für Palästina?“**

am 28.01.2026, 19.00-21.00 Uhr – Schutzgemeinschaft Alt Bamberg, Schillerplatz 9

Die Juden können in Israel nur sicher leben, wenn auch die Palästinenser sicher und selbstbestimmt leben können. Das war die Grundbotschaft des Vortrags „Welche Zukunft für Palästina?“. Die Referentin, Dr. Anja Zorob, war auf Einladung von Attac Bamberg und Change e.V. nach Bamberg gekommen. Die in Erlangen promovierte Nah-Ost-Expertin unterrichtet derzeit Politikwissenschaft an der Türkisch-Deutschen Universität Istanbul und war mehr als fünf Jahre Gastprofessorin an der Universität Birzeit im Westjordanland in Palästina. In ihrem Vortrag stellte sie vor rund 60 Zuhörern die extrem gegensätzlichen Vorstellungen über die Zukunft Palästinas für die Zeit nach dem Krieg in Gaza vor.

Einerseits die Pläne für den Wiederaufbau Gazas, die der von US-Präsident Donald Trump ins Leben gerufenen Friedensrat bereits beschlossen habe. Im September letzten Jahres habe der amerikanische Präsident den sog. „20-Punkte“-Plan für die „Beendigung des Gaza-Konflikts“ vorgelegt, um den im Oktober in Kraft getretenen Waffenstillstand zwischen der israelischen Regierung und der Hamas in Gaza auf den Weg zu bringen. Diesem 20-Punkte-Plan zufolge, dem im November 2025 auch der UN-Sicherheitsrat zugestimmt habe, soll Gaza „deradikaliert“ und „demilitarisiert“ werden.

Jared Kushner, der Schwiegersohn Trumps, habe auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos nun den „Gaza-Masterplan“ vorgestellt. Die von ihm präsentierten Karten und KI-generierten Bilder zeigten schillernde Hochhäuser, eine Küstenmeile für Touristen, Hotels, Parks und Wohnblocks, landwirtschaftliche Flächen, Industriegebiete sowie einen Hafen und einen Flugplatz. Manche sprächen von einem Las Vegas oder Dubai am Mittelmeer. Das Ziel scheine vor allem zu sein, Gaza vollständig dem Erdboden gleichzumachen und auf seinen Trümmern das „Neue Gaza“ aufzubauen.

Kushners Vorschlag, so die Referentin, lasse sich wie folgt interpretieren: Dieses „Neue Gaza“ solle ein gigantischer Handels- und Investitionsstandort werden. Gaza solle in eine freie Marktwirtschaft transformiert werden – für „Frieden und Wohlstand“. Regiert werden solle Gaza in Zukunft, zumindest für den Übergangszeitraum bis Ende 2027, durch den Friedensrat und seine Unterorgane. Dazu zählten der Exekutivrat und der beratende Exekutivrat. Dem Exekutivrat gehörten unter anderem US-Außenminister Marco Rubio, der frühere britische Premierminister Tony Blair und Jared Kushner an. Den Vorsitz des Gremiums führe, wie beim Friedensrat, Trump selbst. Das einzige Gremium, in dem Palästinenser vertreten sind, sei ein ausdrücklich „unpolitischer“ Ausschuss von vorab überprüften Technokraten, das National Committee for the Administration of Gaza (NCAG). Dem NCAG obliege die Verantwortung für den Betrieb der Kommunalverwaltung und der öffentlichen Dienste. Der Ausschuss sei weisungsgebunden und solle die vom Friedensrat und seinen Umsetzungsorganen festgelegten Ziele und Anordnungen erfüllen.

Das palästinensische Westjordanland, das laut Gutachten des Internationalen Strafgerichtshofs völkerrechtswidrig von Israel besetzt werde, wird der Referentin zufolge weder im 20-Punkte-Plan noch in der Sicherheitsresolution der UN erwähnt. Das mit den Oslo-Verträgen von 1993 in drei Zonen aufgeteilte Westjordanland gleiche derzeit einem „Schweizer Käse“. In der mit über 60 % der gesamten Fläche größten C-Zone habe Israel die volle Kontrolle über Sicherheit, öffentliche Ordnung und Raumplanung. Schon in den Jahren vor dem Gaza-Krieg habe die Gewalt israelischer Siedler und des Militärs gegen die palästinensische Bevölkerung mit Verhaftungen, Enteignungen und der Zerstörung von Häusern, Gehöften, Brunnen, Olivenhainen und Felder ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht. Das gesamte Territorium sei durchbrochen von Checkpoints und anderen Sperranlagen, von Straßen, die

die israelischen Siedlungen verbinden und ausschließlich den Siedlern und dem Militär vorbehalten sind, sowie der großen Mauer. Der Ausbau illegaler israelischer Siedlungen habe sich trotz der Oslo-Verträge bereits in der Vergangenheit stetig fortgesetzt. Unter Finanzminister Smotrich, selbst Siedler, der zugleich über Bau und Verwaltung der Siedlungen entscheidet, habe sich die Ausdehnung der Siedlungen nochmals beschleunigt. Gehe es nach Smotrich, würde Israel 82 Prozent der Fläche des Westjordanlandes annexieren, übrig blieben dann noch sechs palästinensische Städte.

Im Gegensatz zum Masterplan für Gaza und zu den Zielen der israelischen Politik in Bezug auf das Westjordanland stehen, so die Referentin weiter, palästinensische Zukunftspläne. Sie seien von palästinensischen Experten aus unterschiedlichsten Bereichen vorgelegt worden. Zentrale Forderung: Die Palästinenserinnen und Palästinenser müssen über ihre Zukunft und ihre Ressourcen selbst entscheiden und den Wiederaufbauprozess nach ihren Vorstellungen gestalten können. Zur Finanzierung müsse Hilfe aus dem Ausland ermöglicht werden.

Außerdem sei palästinensischen Plänen zufolge ein innenpolitischer Aussöhnungsprozess erforderlich. Eine vereinte Palästinensische Autonomiebehörde im Westjordanland und in Gaza müsse den Wiederaufbau leiten und koordinieren. Damit in Verbindung müssten Wahlen abgehalten werden. Des Weiteren müsse der Wiederaufbau von einem politischen Prozess flankiert sein, der darauf abzielt, die nunmehr fast 20 Jahre israelische Blockade Gazas, die Besatzung und die Abspaltung Gazas vom Rest der palästinensischen Gebiete zu beenden. Die Souveränität der Palästinenser über ihre Grenzen und ihre natürlichen Ressourcen, die Menschenrechte und das palästinensische Recht auf Selbstbestimmung müsse anerkannt werden. Das entspreche im Übrigen weitgehend auch den proklamierten Vorstellungen der EU und Deutschlands. Eine Zwei-Staaten-Lösung hielt die Referentin jedoch für derzeit nicht mehr realistisch.

Wenn dieser Aussöhnungsprozess nicht gelinge, drohe Gaza ein weiteres Beispiel für den „Disaster Capitalism“ wie im Irak und in Afghanistan. Neben dem Verlust politischer Handlungs- und Gestaltungsmacht würde die Bevölkerung in Gaza auch das Letzte noch verlieren, das Eigentum an ihrem Grund und Boden, ihre Ressourcen, ihr kulturelles und historisches Erbe, wenn sie nicht doch ganz vertrieben werden, während gleichzeitig vor allem ausländische Unternehmen die internationalen Hilfen abgreifen und am ‚Wiederaufbaubusiness‘ verdienen. Außerdem würden ihnen Sicherheitsvereinbarungen von außen auferlegt, die die politische und ökonomische Kontrolle Israels und seiner Verbündeten langfristig verfestigen.

Die EU und die deutsche Bundesregierung solle, so wurde in der Diskussion vielfach gefordert, die israelische Regierung mehr unter Druck setzen (Unterstützung regierungskritischer israelischer und palästinensischer Menschenrechtsorganisationen sowie der internationalen Hilfsorganisationen, welchen die israelische Regierung kürzlich die Registrierung entzogen habe; Lieferstopp für Waffen; Aussetzung des EU-Israel-Freihandelsabkommens; Wirtschaftsboykott). Angemerkt wurde auch, dass in den deutschen Medien und in der Bevölkerung das Wissen über den Nahost-Konflikt dringend vertieft werden müsse und die palästinensische Perspektive mehr Beachtung verdiene. Dem stimmte die Referentin zu und sie erinnerte mehrfach daran, dass in den vergangenen Jahrzehnten unter den ausländischen Unterstützern der Palästinenser und Palästinenserinnen Deutschland eine herausgehobene Rolle gespielt habe.

Bamberg, 06.02.2026

Prof. Dr. Fritz Reheis

Für Rückfragen: [fritz.reheis@uni-bamberg.de](mailto:fritz.reheis@uni-bamberg.de) und 0170/1155036